Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2010/08726**
Datum: 03.03.2010
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Herr Gerry Kley
Plandatum:

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**
Stadtrat	24.03.2010 28.04.2010	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur geplanten Einführung einer Umweltzone in Halle

Seit einigen Monaten ist von zu hohen Schadstoffkonzentrationen in der Paracelsusstraße die Rede. Dies wurde durch eine von fünf Messstationen des Landesamtes für Umweltschutz festgestellt. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Ursache:

1. In welchem Umfang ist das Wetter an den zu hohen Schadstoffwerten Schuld?
2. Zu wie viel Prozent konnten die Autofahrer als Verursacher der Probleme identifiziert werden?
3. Inwieweit ist die Verzögerung der Fertigstellung der A143 und der Hauptentlastungsstraße (Osttangente) verantwortlich für die Konzentration der Schadstoffe in der halleschen Innenstadt?

Auch wenn die Grenzwerte noch nicht überschritten wurden, sondern erst zum Ende des Jahres eventuell überschritten werden könnten, wird in der Stadtverwaltung bereits an der Einführung einer Umweltzone gearbeitet. Dabei wird bewusst in Kauf genommen, dass der Aufwand am Ende vielleicht unnötig war.

4. Welche Maßnahmen plant die Stadt Halle zur Einhaltung der Immissionsvorschriften bzw. zur Reduzierung von Feinstaub, Schwefeloxiden und Stickoxiden?
5. Ab wann greifen diese Maßnahmen?
6. Sind Begrünungen am Straßenrand zum Auffangen der Schadstoffe angedacht?
7. Ab wann ist eine Reduzierung der Schadstoffemissionen vor roten Ampeln durch die Einführung von „Grüne Welle“ Schaltungen vorgesehen?
8. Wann werden die Computer des halleschen Verkehrsleitsystems für intelligente Ampelschaltungen genutzt?
9. Ab wann wird die Galileo-Mosaique-Technik für die Luftreinhaltung eingesetzt?

Vier von fünf Messstationen haben nachgewiesen, dass jenseits der Paracelsusstraße die Einführung einer Umweltzone mangels Schadstoffkonzentrationen unzulässig ist.

10. Welche Straßen sind von der geplanten Umweltzone betroffen?

Die Einführung einer Umweltzone ist mit Kosten u. a. für die Planung und Beschilderung verbunden.

11. Welche Kosten kommen bei der Einführung einer Umweltzone auf den städtischen Haushalt zu?
12. Sind diese Kosten im Haushalt 2010 schon eingestellt?
13. Welche Folgekosten sind für die Stadt in den nächsten Jahren zu erwarten?

Außerdem interessiert uns das Verhältnis von Aufwand zum Nutzen:

14. Wie viel Personal wird in der Stadtverwaltung für die Zuarbeit zur Einführung einer Umweltzone eingesetzt?
15. Wie viele Schilder werden in Zukunft auf den Beginn und das Ende der Umweltzone hinweisen?
16. Welche Erkenntnisse konnten von Städten mit bereits eingeführten Umweltzonen in Bezug auf Schadstoffreduzierungen gewonnen werden?

Eine Umweltzone hat auch Auswirkungen auf das Kleingewerbe.

17. Mit welchem zusätzlichen Investitionsaufwand rechnet die Stadt bei Händlern und Gewerbetreibenden?
18. Wie hoch wird nach Ansicht der Stadt der Verlust an Arbeitsplätzen im Kleinhandel und Kleingewerbe durch die schwierigere Befahrbarkeit der Innenstadt ausfallen?

gez. Gerry Kley
Fraktionsvorsitzender

Stadt Halle
Dezernat II
Planen und Bauen

Halle, 24. März 2010

Sitzung des Stadtrates am 24.03.2010
TOP 8.13
Anfrage der FDP-Fraktion zur geplanten Einführung einer Umweltzone in Halle
Vorlagen-Nr.: V/2010/08726

Antwort der Verwaltung:

Aufgrund des Umfanges der Anfrage und grundsätzlicher Klärungsbedarfe kann eine Beantwortung erst im Stadtrat April 2010 erfolgen.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Stadt Halle (Saale)
Dezernat II
Planen und Bauen

Halle, 19.4.2010

Sitzung des Stadtrates am 28.4.2010
Vorlagen-Nr.: V/2010/08726
TOP: 8.9
Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur geplanten Einführung einer Umweltzone in Halle

Beantwortung der Verwaltung:

Die Anfrage und sämtliche Einzelfragen gründen sich auf der Annahme, dass die Verwaltung an der Einführung einer Umweltzone arbeitet.
Frau Oberbürgermeisterin hat hierzu in der öffentlichen Sitzung des Stadtrates im März erklärt, dass die Stadt gegenüber den für die Erstellung und Fortschreibung des Luftreinhalteplanes zuständigen Behörden ein Einvernehmen zur Einrichtung einer Umweltzone nicht erteilen wird. Es ist beabsichtigt, eine maßgebliche Reduzierung der Schadstoffbelastungen durch ein alternatives Maßnahmepaket, wie z.B. durch Job-Tickets, Verkehrsverstetigungen, Selbstverpflichtungen der Gewerbetreibenden zur Umrüstung der Fahrzeugflotten bzw. zur Neuanschaffung von schadstoffärmeren Kraftfahrzeugen etc. zu erreichen. Dazu hat Frau Oberbürgermeisterin mit Unterstützung der beiden Kammern, den Stadtwerken, der HAVAG und der Martin-Luther-Universität eine Initiative ins Leben gerufen.
Eine ausführliche und aktuelle Berichterstattung wird in der Stadtratssitzung unter „Mitteilungen“ erfolgen.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin